

Rede Nachtragshaushalt 2020

Frank Eschrich, Vorsitzender, 5. Oktober 2020

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick,

sehr geehrte Damen und Herren,

im Jahr 1992 waren die Kommunen bundesweit umgerechnet mit 1,4 Milliarden Euro verschuldet, Anfang 2015 waren es schon über 51 Milliarden Euro, im Jahr 2020 werden Kassenkredite von über 70 Milliarden Euro erwartet. Die Verschuldung der Kommunen verzeichnet einen exponentiellen Anstieg, der seines gleichen sucht. Schaut man etwas näher hin, wird eine extreme Ungleichentwicklung zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Kommunen deutlich. Dies widerspricht Artikel 72 des Grundgesetzes, der die Herstellung gleicher Lebensverhältnisse im Bundesgebiet fordert. Überschuldete Kommunen wie Pirmasens haben ihren Bürgerinnen und Bürgern wenig zu bieten, nicht annähernd auf dem Niveau, was reiche Städte und Gemeinden für gute Lebensverhältnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger ausgeben können. Artikel 28 des Grundgesetzes widersprechen die Hinnahme einer Schuldenlast von 430 Millionen Euro zum Ende des Haushaltsjahres 2021 und die damit verbundenen Restriktionen für die Haushaltsführung. Die kommunale Selbstverwaltung, z.B. die Entscheidungshoheit des Stadtrates über die Verwendung der Gelder, ist damit abgeschafft. Der Kerngedanke des Grundgesetzes, die Würde des Menschen, hängt zumindest theoretisch, nicht ausschließlich von den finanziellen Verhältnissen ab, im real existierenden Kapitalismus schon eher. Im Jahr 2020 leben 22 Prozent oder 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in der Bundesrepublik in Armut oder sind von Armut bedroht, davon 1800 in Pirmasens. Es ist mit der Würde dieser Kinder unvereinbar, dass ihre Chancen auf ein gutes und selbstbestimmtes Leben gegen Null tendieren, weil sie in materieller Not aufwachsen und ihnen vieles nicht zur Verfügung steht, was für andere selbstverständlich ist. Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich in den vergangenen 10 Jahren des wirtschaftlichen Wachstums nicht etwa geschlossen, sondern ist weiter geworden. Das ist schändlich und gilt im übertragenen Sinn auch für die finanzielle Situation von Kommunen wie der Stadt Pirmasens. Pirmasens gehört zu den ärmsten Kindern in der großen Hartz-IV-Familie

der verschuldeten Kommunen. Und genau wie beim Jobcenter werden die Schulden nicht als Bedarf anerkannt, obwohl sie aus Pflichtausgaben resultieren. Stattdessen sollen die Schulden mit weiteren Streichungen der ohnehin dürrtigen freiwilligen Leistungen abgetragen werden.

Es ließen sich noch mehr Grundlagen dieses Staates und dieser Gesellschaft aufführen, gegen die permanent und bewusst verstoßen wird, indem Haushalte wie der vorliegende politisch hingenommen und behördlich genehmigt werden. Die politisch verursachte Überschuldung der Städte und Landkreise ist ein fortgesetzter Verfassungsbruch, der letztendlich zu Lasten derer geht, die auf einen funktionierenden Sozialstaat und die kommunale Daseinsfürsorge angewiesen sind. Die Besserverdiener, Vermögensmillionäre und politischen Eliten berührt das persönlich weniger. Sie brauchen tatsächlich keinen Staat, sondern kaufen sich einfach zusammen, was sie brauchen. Und an diesen Machtverhältnissen soll sich auch nicht wirklich etwas ändern, dafür müsste man den Pelz ja nass machen, den man wäscht. Nicht durch zielführende und notwendigerweise radikale Maßnahmen, sondern einfacherweise per Pressemitteilung wurde der Pirmasenser Schuldenberg deshalb abgetragen, die Langzeitarbeitslosen in Lohn und Brot gebracht, der Ärztemangel beseitigt und die Innenstadt belebt. Unter dem Strich herausgekommen ist bei all der Papier- und Präsentationsflut bisher wenig bis nichts. Im Wahljahr 2021 wird Pirmasens nun aber ganz bestimmt gerettet, wird ja auch Zeit.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick,

sehr geehrte Damen und Herren,

wir sollten uns alle noch einmal vergegenwärtigen, dass es nun ernst wird. Die Neuverschuldung steigt um 19 Millionen Euro, die Ausfälle bei der Gewerbesteuer werden nicht, wie angekündigt, kompensiert, sondern nur teilweise gedeckt. Die Erhöhung der Zuschüsse für die Kosten der Unterkunft ist nur eine Erhöhung und eben nicht eine bedarfsgerechte und auskömmliche Finanzierung von sozialen Pflichtaufgaben, die den Kommunen übertragen wurden. Die Corona-Krise ist längst zu einer Finanzkrise geworden, die wie üblich gehandhabt wird: Die Letzten beißen die Hunde. Und mit Verlaub, Herr Oberbürgermeister: Wir können nicht den Verlust der kommunalen Selbstverwaltung beklagen und vor dem Bundesverfassungsgericht für die auskömmliche Finanzierung von sozialen Pflichtaufgaben streiten während wir gleichzeitig willfährig den Anweisungen der ADD folgen. Das ist inkonsequent und unglaublich! Genauso unglaublich ist es, über den Kommunalen Entschuldungsfonds Schulden abzutragen, von denen man vor dem Verfassungsgericht behauptet, nicht verantwortlich zu sein!

Die Politik hat in erster Linie ein Glaubwürdigkeitsproblem und wer sich die Demonstration der Corona-Leugner in Berlin angeschaut hat, weiß, dass Angst und Unzufriedenheit die irrationalen Bauchgefühle erhitzen und davon ausschließlich Rechtsextreme und Populisten profitieren. Auch das bundesdeutsche „Gut durch die Krise gekommen“ ist nur die halbe Wahrheit, denn unser Krisenmanagement geht zu Lasten anderer, die ungleich schlechtere Voraussetzungen haben und zu Lasten der kommenden Generation. Ein guter Grundsatz von Haushaltspolitikern lautet, man kann nur verteilen, was man hat. Also müssen wir dafür sorgen, dass wir etwas zu verteilen haben und nicht umgekehrt immer weitere Abstriche der Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt genehmigen. Gerade in Krisenzeiten kann

dies nur funktionieren, wenn Verteilungsgerechtigkeit hergestellt wird und diejenigen, die es besser verkraften können, mehr zum Allgemeinwohl beitragen. Dies geht im Rechtsstaat nur über eine gerechte Steuerpolitik. Gemacht wird in Berlin und Mainz gerade das Gegenteil.

Für die Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI bedeutet dies konkret: Keine Zustimmung zum Nachtragshaushalt und zur Haushaltssatzung, keine Zustimmung für Kürzungen jedweder Art im freiwilligen Bereich, keine Zustimmung für Einschränkungen der kommunalen Daseinsvorsorge und weiterhin keine Zustimmung zur Augenwischerei des Kommunalen Entschuldungsfonds.

Auf der Ausgabenseite wird es weiterhin keine Zustimmung für Bauaufträge geben, die nicht innerhalb einer seriösen Kostenschätzung liegen.

Frank Eschrich, Vorsitzender Stadtratsfraktion DIE LINKE - PARTEI